



NEWSLETTER I/2012

# NORD|SÜD *news*



Foto: © Alex Duval Smith

## Südafrika: „Leiharbeit ist eine Form der Sklaverei“

Südafrikas Gewerkschaften wollen die Leiharbeit abschaffen. Mit einem Generalstreik erhöhte der größte Gewerkschaftsbund COSATU am 7. März den Druck auf die Regierung. Während sie Reformen zur besseren Regulierung vorgeschlagen hat, will COSATU ein Verbot der Leiharbeit durch so genannte „labour brokers“ durchsetzen. Das sind Maklerfirmen, die Arbeiter in der Regel kurzfristig an Unternehmen vermitteln. Für die Gewerkschaften ist dieses System aus mehreren Gründen problematisch: Die Beschäftigten arbeiten für Billiglöhne, dabei kassieren die Vermittler satte Prämien. Rechtlich ist unklar, wer der Arbeitgeber ist: Der jeweilige Betrieb, in dem die Beschäftigten befristet angestellt sind, oder die Agentur, die die Löhne auszahlt. Tarifverträge und arbeitsrechtliche Bestimmungen werden so unterlaufen. Als Konsequenz erhalten die Arbeiter keinerlei Zuzahlun-

gen zur Krankenversicherung oder Altersversorgung. Es wird ihnen schwer gemacht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. „Deshalb sprechen wir von einer Form moderner Sklaverei“, betont COSATU-Präsident Sidumo Dlamini. Arbeitskräfte würden zu einer Ware, die mit dem Ziel der Profitmaximierung möglichst billig gehandelt werden. „Südafrikas Ziel, anständige Arbeitsplätze zu schaffen, lässt sich damit nicht vereinbaren.“

Offiziellen Statistiken zufolge ist jeder vierte Südafrikaner arbeitslos. Wesentlich realistischer sei allerdings eine Arbeitslosenquote von 35 bis 40 Prozent, meint Sthembiso Bhengu, Arbeitswissenschaftler an der Universität von Kwazulu-Natal. „Die Menschen sind verzweifelt und nehmen deshalb die Ausbeutung durch Leiharbeitsfirmen in Kauf.“ Während reguläre

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Titel

- | Südafrika: „Leiharbeit ist eine Form der Sklaverei“ ..... S.1

#### Kommentiert

- | Praktische Solidarität ..... S.2

#### Vorgestellt

- | Janet Barzola, Angelika Böttcher ..... S.3

#### Aus der Arbeitswelt

- | Brasilien: Zu dicht an der Montage ..... S.4
- | Indonesien: Gleichbehandlung verordnet ..... S.5
- | Sierra Leone: Die Leiharbeit abschaffen ..... S.6

#### Aus Projekten und Kampagnen

- | Türkei: Gegen Subunternehmer;  
Vietnam: Standards für Unternehmen ..... S.7

#### Notiert

- | Kein Studium für Arme; Gewerkschaftsfreiheit;  
Schüsse bei Protesten; Ablehnung empfehlen;  
Brief nach Brasilien;  
Impressum ..... S.8



Fortsetzung von Seite 1

Beschäftigungsverhältnisse im vergangenen Jahrzehnt abgenommen haben, ist der Anteil der Zeit- und Leiharbeit kräftig gewachsen. Schätzungen zufolge arbeitet mittlerweile eine Million Südafrikaner für entsprechende Agenturen. Die Entwicklung betrifft nahezu alle Branchen: Bergbau, Textil- und Bauindustrie, Einzelhandel und Dienstleistungsunternehmen. „Früher war ich als Reinigungskraft in Durban fest angestellt“, erzählt eine Frau, die aus Angst vor Repressionen anonym bleiben möchte. „Heute verrichte ich zwar noch immer dieselbe Arbeit, aber nur für die Hälfte des Gehalts.“ Sämtliche Lohnzuschläge seien gestrichen worden, die Verträge gelten jeweils nur für einen Monat. „Wir müssen ständig fürchten entlassen zu werden“ fügt die Mutter von vier Kindern hinzu. Für die Gewerkschaften ist der Schutz der Leiharbeiter eine Herausforderung. „Heute beschwert sich jemand über die Bedingungen an seinem Arbeitsplatz, doch morgen arbeitet er schon woanders“, berichtet Zet Luzipo, COSATU-Vertreter in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal. Das Argument von Wirtschaftsvertretern, Leiharbeit schaffe Jobs, sei ein Mythos. „Viele Arbeitsplätze werden zu schlechteren Konditionen recycled, andere Stellen werden gestrichen“, so der Gewerkschafter. Die Kaufkraft nehme durch die Dumpinglöhne ab, mit Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft. „Das Problem der Leiharbeit geht deshalb alle an.“

Prinzipiell stößt der Gewerkschaftsbund bei seinem politischen Bündnispartner, der südafrikanischen Regierungspartei ANC, auf offene Ohren. Bereits im Wahlprogramm 2009 versprach der ANC, rechtliche Schlupflöcher zu schließen und die Leiharbeit besser zu regulieren. Seitdem wird über entsprechende Gesetzesänderungen diskutiert. Die Regierung versucht, dabei sowohl den Gewerkschaften als auch dem Wunsch der Wirtschaft nach flexibleren Arbeitsverhältnissen gerecht zu werden. Zet Luzipo aber findet, der ANC, der im Januar sein 100-jähriges Jubiläum feierte, müsse sich auf seine Wurzeln besinnen: „Der ANC wurde gegründet, um den Schwachen in der Gesellschaft eine Stimme zu verleihen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Deshalb muss er sich auch heute auf die Seite derjenigen stellen, die ausgebeutet werden.“ Politische Beobachter sind skeptisch, ob es noch in diesem Jahr zu einer Entscheidung über die Leiharbeit kommt. Im ANC tobt ein politischer Macht- und Flügelkampf, der erst beim Parteikongress im Dezember entschieden wird. Die Debatte über die Leiharbeit ist eines der Streitthemen, das die Regierungspartei spaltet und das Verhältnis zu den Gewerkschaften belastet.

Leonie March

 Die Autorin ist freie Journalistin in Südafrika.

## Praktische Solidarität

**Internationalismus und grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind für die Gewerkschaften weltweit das Gebot der Stunde. Dabei geht es weniger um wohlfeile Erklärungen und das Beschwören von Traditionen. Solidarität muss praktisch werden, oder sie bleibt wirkungslos.**

Die internationale Debatte um den Einsatz von Leiharbeitern macht das deutlich. Systematisch werden mit diesem Instrument überall auf der Welt Tarifverträge untergraben, Arbeitsstandards ausgehebelt und die gewerkschaftliche Organisation geschwächt. Das heizt den globalen Standortwettbewerb zusätzlich an. Nur verbindliche internationale und konzernweite Regelungen können dieser Entwicklung Grenzen setzen. Die gewerkschaftlichen Netzwerke an den Volkswagen-Standorten diskutieren deshalb intensiv einen konkreten Forderungskatalog, der als nächstes in den VW-Europa- und Weltkonzernbetriebsrat eingebracht werden soll. Zentrale Fragestellungen sind, analog zu den Regelungen an den deutschen Standorten, equal pay und equal treatment (gleiche Entlohnung und Behandlung), eine Obergrenze des Anteils von Leiharbeitern im Unternehmen sowie Modalitäten für die Übernahme in feste Arbeitsverhältnisse.

Aushandlungsprozesse wie diese internationale Debatte um eine Leiharbeitscharta oder einen konzernweiten Mindestlohn lassen sich nur erfolg-



Foto: © Alex Duval Smith

Gegen Leiharbeit und Kürzungen: Protest in Südafrika



Foto: © IG Metall Wolfsburg

Frank Patta

reich gestalten, wenn es dafür Rückendeckung von der gewerkschaftlichen Basis gibt – in Deutschland genauso wie an den Standorten weltweit. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Die neoliberale Mobilisierung der vergangenen Jahrzehnte hat auch in den Belegschaften ihre Spuren hinterlassen. Umso wichtiger sind Aufklärung, Bildung und Intervention.

Die IG Metall Wolfsburg feiert in diesem Jahr das 30. Jubiläum ihrer InterSoli-Arbeitskreise. Ob Lateinamerika, Südafrika, Mittel- und Osteuropa oder China und Indien – das Selbstverständnis der InterSoli-Arbeit fußt immer auf zwei Säulen. Zum einen ist sie geprägt vom Gedanken des Internationalismus und der Solidarität. Zum anderen sind die Projekte immer konkret und setzen an den jeweiligen Lebens- und Arbeitsrealitäten an. Nicht zu unterschätzen ist zudem, dass den gewerkschaftlichen Netzwerken mit dem Europa- und Weltkonzernbetriebsrat heute ein institutionalisierter betrieblicher Partner mit Gestaltungsmacht zur Seite steht. Solidarität muss praktisch werden. Ansonsten werden wir auch weiterhin das Nachsehen haben, wenn zynische Konzernlenker versuchen, Standorte und Belegschaften gegeneinander in Stellung zu bringen. Das Beispiel Nokia hat gezeigt, wohin das führt.

Frank Patta



Der Autor war bis zum 29. Februar 2012 Erster Bevollmächtigter der IG Metall Wolfsburg und ist heute Generalsekretär des Europa- und Weltkonzernbetriebsrats von Volkswagen.



Janet Barzola

## Durchbruch der Frauen

„Peru ist ein Bergbauland. Jedes Jahr nimmt die Zahl der Minen zu. Die Arbeiter organisieren sich aber nur langsam in Gewerkschaften. Das wollen wir Frauen ändern, wir springen für die Männer in die Bresche“, erklärt Janet Barzola. Die resolute Frau von Anfang vierzig hat mit einigen Mitsstreiterinnen 2002 die Nationale Zentrale der Bergarbeiterfrauen (CNMM) gegründet. Sie kämpft für die Bergarbeiterfamilien. „Unsere Männer sind nach zwölf, vierzehn oder sechzehn Stunden in der Mine oder der Schmelze doch nicht mehr in der Lage, für ihre Rechte einzutreten. Da müssen wir Frauen ran“, so die Tochter eines Bergmanns aus dem kleinen Ort Cobriza. Der liegt rund acht Fahrtstunden von Lima entfernt und ist nach einer Mine benannt. Dort arbeitete ihr Vater, zuerst als Festangestellter und dann als Leiharbeiter. Während die Festen 700 bis 800 Euro im Monat verdienen, sind es bei den „Subcontratados“ nur acht Euro am Tag. Angestellte werden in vielen Minen aber systematisch abgebaut. Gegen dieses so genannte Outsourcing wehren sich die Bergarbeiterfrauen. Aber sie engagieren sich auch für

den Umweltschutz, für sauberes Wasser und Luft in direkter Umgebung der Minen. Auch beim Weltsozialforum in Porto Allegre hat Janet Barzola auf die Lage der Bergarbeiterfamilien in Peru aufmerksam gemacht.

Mittlerweile hat die CNMM ihre Heimat unter dem Dach der CUT, einem der drei Gewerkschaftsdachverbände Perus. „Dort haben wir 2010 eine neue Gewerkschaft für den Minensektor gegründet. Sie heißt Sintramin und tritt für die Rechte der Leiharbeiter ein“, erklärt die kleingewachsene Frau mit dem rotbraunen Pferdeschwanz. Durchaus erfolgreich, denn die neue Gewerkschaft hat inzwischen 1.400 Mitglieder. Für peruanische Verhältnisse ist das ein guter Start. Janet Barzola und Bergbaureferent Victor Ayala verdanken ihn auch der internationalen Unterstützung. „Die ist wichtig, denn in Peru dominieren Unternehmensgewerkschaften den Bergbausektor. Sie agieren eher auf der Seite der Konzerne als auf der der rund 120.000 Arbeiter“, erklärt Janet Barzola. Seit Anfang Februar geht sie wieder regelmäßig



Foto: © Knut Henkel

Janet Barzola

in die Gewerkschaftszentrale von Lima. Nach dem Tod ihrer ältesten Tochter hatte sie sich erst einmal um ihre Enkel gekümmert. Nun sind sie versorgt, und die Großmutter kann wieder die Kumpel organisieren.

Knut Henkel

 Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.

Angelika Böttcher

## Verleiher mit Betriebsrat

Ihre Augen glühen vor Kampflust, wenn sie über ihr „Baby“ spricht. „Man kann fast eine Million Menschen in der Zeitarbeit doch nicht einfach in die Schmutzlecke abschieben“, sagt Angelika Böttcher und rudert mit den Armen durch die Luft. „Zeitarbeit gehört zum ersten Arbeitsmarkt. Man muss sich damit befassen.“ Deshalb kämpft die heute 61-jährige Hamburgerin seit mehr als zwei Jahrzehnten für die Rechte von Zeitarbeitnehmern, wie sie sie bezeichnet, zunächst als Disponentin, dann als Betriebsratsvorsitzende bei Randstad. Der größte deutsche Verleiher sei der einzige der Branche, der flächendeckend Betriebsräte habe, und zwar gewollt, so Angelika Böttcher. „Ich wollte mehr Wertschätzung für unsere Mitarbeiter, bei uns und in den Kundenunternehmen.“ Die kleine, resolute Frau hörte zu und ermunterte „ihre“ Mitarbeiter, an den von Randstad angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen. Mit ihrer „BR-Crew“ reiste Angelika Böttcher durchs Land, suchte das Gespräch mit den Entleiher-Betriebsräten. Später gründete sie mit einer Kollegin das Netzwerk

Zeitarbeit bei ver.di Hamburg. Sie wollte „über den Tellerrand schauen“, den Zeitarbeitnehmern den Rücken stärken, aber auch den Entleihern auf die Pelle rücken. Auch in diesem Rahmen hat sie über die Jahre hunderte Betriebsräte informiert: „Sie müssen sich um die Zeitarbeiter und deren Rechte wie um jeden anderen Kollegen kümmern.“ Außerdem könnten sie beispielsweise vom Unternehmen fordern, dass nur Verleiher beauftragt werden, die eigene Betriebsräte haben – um nicht an die „schwarzen Schafe“ der Branche zu geraten, die sich auf Kosten ihrer ohnehin schlecht verdienenden Arbeitnehmer die Taschen füllen. Denn „auch die Kunden sind einfallsreich, wenn es darum geht, Kosten einzusparen.“

Seit Anfang des Jahres ist Angelika Böttcher im vorzeitigen Ruhestand. Das bedeutet mehr Zeit für die Familie und die zwei Enkelsohne, ihren „ganzen Stolz“. Trotzdem denkt sie nicht daran, ihr eigenes „Baby“ seinem Schicksal zu überlassen. Sie engagiert sich weiter im Netzwerk Zeitarbeit, hält den Kontakt zu Betriebsräten der Entleihun-



Foto: © Cordula Kropke

Angelika Böttcher

ternehmen und vertritt die Zeitarbeit auf der ver.di-Bundesebene. „Ich versuche, das Thema in alle ver.di-Branchen zu bringen, denn dort wird die Zeitarbeit ja schließlich genutzt.“

Michaela Ludwig

 Die Autorin ist freie Journalistin in Hamburg.





## Zu dicht an der Montage

**Brasilien Gewerkschaften wollen Leiharbeit gesetzlich regeln. Während Unternehmen Gesetzeslücken nutzen, hält sich die Regierung heraus.**

Es war ein Signal: Anfang Februar wurde VW do Brasil im Bundesstaat São Paulo wegen Leiharbeit zu einer Geldstrafe von umgerechnet 440.000 Euro verurteilt. Das Automobilunternehmen verstoße gegen mehrere Punkte der brasilianischen Arbeitsgesetzgebung, befand Richter Adenilson Fernandes. Vor allem monierte er, dass in der VW-Motorenfabrik von São Carlos Leiharbeiter Tätigkeiten verrichten, die zur Endproduktion gehören. So tragen die gut 200 Angestellten einer Drittfirma Motorenteile bis zu 60 Zentimeter an die Montagelinie heran. Obwohl sie „Schulter an Schulter“ mit den VW-Arbeitern tätig seien, verdienen die Leiharbeiter nur halb so viel wie die Festangestellten und hätten auch weniger Zusatzvergütungen und Rechte, sagte Staatsanwalt Rafael de Araújo Gomes.

VW do Brasil geht in die Revision, und Brasiliens Justizsystem bietet viele Schlupflöcher. Das Gericht von São Carlos bezog sich auf die immer noch gültigen Arbeitsgesetze aus den 1940er Jahren. Seit der neoliberalen Phase der Flexibilisierung in den Neunzigern orientieren sich die Richter an wenigen Grundsatzurteilen der obersten Arbeitsgerichte. „Bis zu einer endgültigen Entscheidung können noch viele Jahre vergehen“, fürchtet Silva. „Letztes Jahr haben wir in Wolfsburg die Leiharbeitsthematik diskutiert und mit unseren Kollegen eine Art Manifest verabschiedet“, berichtet er. Der Fall sei durchaus typisch für Brasilien: „Die Firmen machen, was sie wollen.“

Im Kongress von Brasília drängt die Unternehmerlobby auf eine radikale Liberalisierung. „Demnach müssten Firmen wie Volkswagen überhaupt keine eigenen Leute mehr anstellen, sie könnten alle arbeitsrechtlichen Verpflichtungen abgeben“, sagt Staatsanwalt Gomes. Nüchtern analysiert er: „Die Regierung hält sich heraus, und selbst die

dafür mobilisiert.“ Kein Wunder: Wo das älteste VW-Werk Brasiliens liegt, gebe es keine Leiharbeit in der Automobilproduktion, berichtet Metallerchef Sérgio Nobre. „Der Gewerkschaftsentwurf liegt seit zwei Jahren im Präsidialamt“, schimpft



Foto: © CUT Brasil

Mobilisieren gegen Leiharbeit: Metallerchef Erick Silva



Foto: © CUT Brasil

Schulter an Schulter mit Leiharbeitern im Betrieb: Mitglieder der CUT-Metallgewerkschaft in São Carlos

„Die Lage im Betrieb ist kompliziert“, erklärt Erick Silva, Betriebsangehöriger und zugleich Chef der Metallgewerkschaft in São Carlos, die zum Dachverband CUT gehört. Dort sind auch die festangestellten Arbeiter organisiert. Die prekär beschäftigten Kollegen aber seien bestenfalls in der konservativen Konkurrenzgewerkschaft Força Sindical, berichtet der Metaller, „eine Zusammenarbeit ist leider unmöglich“. Zudem gebe es bei den Leiharbeitern, die gut ein Fünftel der Gesamtbelegschaft ausmachen, eine hohe Fluktuation.

meisten Parlamentarier ihrer breiten Koalition sind für die Prekarisierung der Arbeiterrechte“. Die Chancen für einen Gegenentwurf des Ex-Gewerkschafters Vincentinho stehen schlecht, bestenfalls bleibt es beim Patt. „Die Leiharbeit hat nicht wie behauptet die Modernität gebracht, sondern sie führt zu archaischen Arbeitsbeziehungen und verletzt die Prinzipien der Gleichheit“, heißt es im CUT-Dossier „Leiharbeit und Entwicklung“. „In Brasília geht es nicht voran“, findet auch Erick Silva, „und in der CUT wird nicht genug

die Ökonomin Marilane Teixeira, eine Beraterin der CUT-Chemiegewerkschaft in São Paulo: „Es ist absurd! Da haben wir eine linke Regierung und Brasilien gehört immer noch zu den wenigen Ländern in Lateinamerika, die die Leiharbeit nicht geregelt haben.“ Neidisch verweist sie auf Ecuador, wo die Leiharbeit durch die neue Verfassung 2008 geächtet wurde. „Viele Drittfirmen sind keine Dienstleister, sondern nur noch Arbeitsvermittler“, sagt Teixeira und fasst die drei Hauptforderungen der progressiven Gewerkschafter zusammen: „Die Leiharbeit in der Endproduktion muss kategorisch ausgeschlossen werden, die Firma, die die Drittfirma engagiert, bleibt auch für die Leiharbeiter verantwortlich, und sämtliche Arbeiter in einem Betrieb müssen in derselben Gewerkschaft organisiert werden.“

Im Abgeordnetenhaus von Brasília bleibt das Thema auf der Tagesordnung, der Ausgang ist offen. Immerhin versprach jetzt Parlamentspräsident Marcos Maia von der regierenden Arbeiterpartei PT, selbst ein Exmetaller, im kommenden Halbjahr solle „ein größerer Schutz für die Leiharbeiter“ durchgesetzt werden.

Gerhard Dilger

Der Autor ist freier Journalist in Brasilien.

Weitere Informationen: CUT-Dossier „Leiharbeit und Entwicklung“: [www.cut.org.br/sistema/ck/files/terceirizacao.PDF](http://www.cut.org.br/sistema/ck/files/terceirizacao.PDF)



## Gleichbehandlung verordnet

**Leiharbeit hat feste Beschäftigungsverhältnisse in Indonesien um die Hälfte zurückgedrängt. Jetzt soll ein Urteil die Praxis der Unternehmen beenden.**

Am 17. Januar 2012 hat das Indonesische Verfassungsgericht entschieden, dass die Artikel zum Outsourcing und zur Leiharbeit im Arbeitsgesetz von 2003 nicht länger gültig sind. Künftig seien Firmen, die Leiharbeiter beschäftigten, verpflichtet, diese genauso zu behandeln wie Festangestellte, erklärte der Vorsitzende Richter Mahfud. Außerdem müssten Leiharbeitsfirmen sicherstellen, dass die verfassungsmäßigen Rechte ihrer Mitarbeiter gewahrt würden, so Mahfud.

waren im vergangenen Jahr nur noch 35 Prozent der Arbeitenden fest angestellt; im Jahr 2005 waren es noch 67 Prozent. Das macht auch die Organisationsarbeit der Gewerkschaften schwerer. Umso eindrucksvoller waren ihre Demonstrationen am 19. und am 27. Januar 2012 in Bekasi, einem großen Industriegebiet im Osten von Indonesiens Hauptstadt Jakarta. Zehntausende Arbeiter legten mit einem Streik 3.000 Fabriken und den Verkehr auf der Stadtautobahn für mehrere Stunden lahm. Sie protestierten dagegen, dass der Arbeitgeberverband einen bereits ausgehandelten Mindestlohn mittels eines Gerichtsverfahrens wieder zurück nehmen wollte. Mit Erfolg: Die Demonstranten konnten die 15-prozentige Lohnerhöhung durch-



Foto: © Anett Keller

Protest gegen Leiharbeit in Yogyakarta am 1. Mai 2011

Stiftung in Jakarta. In Bekasi seien 60 bis 70 Prozent der Mitarbeiter nicht fest angestellt, so Mboeik. Nach Angaben der Metallarbeitergewerkschaft (SPMI) verdienen Leiharbeiter im Schnitt 20 Prozent weniger als ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Außerdem haben sie keine Sozialversicherung.



Foto: © Taring Padi

„Ohne Arbeiter werden die Fabriken zu Geisterhäusern“, erklärt das Künstlerkollektiv Taring Padi auf seinem Transparent zur Maidemonstration 2011 und fordert höhere Löhne.

Im Gesetz von 2003 gab es zeitliche Beschränkungen für befristete Verträge. Sie dürfen eigentlich nur auf maximal zwei Jahre datiert und dann einmal ein Jahr verlängert werden. Danach müssten die Mitarbeiter bei Weiterbeschäftigung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. „Die Unternehmen haben das sehr schlaue genutzt“, sagt Said Iqbal, Präsident des Dachverbandes der Indonesischen Arbeitergewerkschaften (KSBI). Kurz vor Ablauf der Frist würden die Mitarbeiter unter Druck gesetzt, eine „Pause“ einzulegen. Nach 30 Tagen beginne das Vertragsspiel dann wieder von vorn. Außerdem, so Iqbal, dürften laut Gesetz nur so genannte „Hilfsarbeiten“ ausgelagert werden, nicht das Kerngeschäft. Die Praxis sehe aber leider ganz anders aus. Leiharbeit und Outsourcing haben seit der Verabschiedung des Arbeitsgesetzes von 2003 in Indonesien enorm zugenommen. Nach Angaben des Bundes der Gewerkschaften für Arbeit und Wohlstand (KSBSI)

setzen. Das klingt nach viel – doch mit der erreichten Steigerung beträgt der Mindestlohn in der Region Westjava nun gerade mal umgerechnet 125,50 Euro im Monat. Indonesiens Löhne zählen trotz beeindruckender Wirtschaftswachstumsraten (6,5 Prozent im Jahr 2011) und trotz des inzwischen erreichten Status als G-20-Nation zu den niedrigsten in Südostasien. Nach Angaben des Institutes für Entwicklungsökonomie (Indef), zitiert beim Web-Portal VivaneWS im Februar, beträgt der durchschnittliche Stundenlohn in Indonesien umgerechnet 46 Cent, auf den Philippinen hingegen 79 Cent, in Thailand 1,24 Euro und in Malaysia 2,19 Euro.

„Eine Erhöhung der Mindestlöhne wirkt sich auch entscheidend auf die Leiharbeiter aus, da der Mindestlohn das gesamte Tarifschema beeinflusst“, urteilt Tia Mboeik, Programmreferentin für Gewerkschaftsarbeit bei der Friedrich-Ebert-

Nach dem Verfassungsgerichtsurteil vom Januar sollte diese Ungleichbehandlung nun ein Ende finden. Noch ist es aber nicht so weit. Die Umsetzung der veränderten Rechtslage lasse auf sich warten, klagt Said Iqbal. Zuerst müsse das Arbeitsministerium die entsprechenden Durchführungsbestimmungen erlassen. Deshalb bleibe das Thema Leiharbeit und Outsourcing weiter ganz oben auf der Agenda der Gewerkschaften. Im Aktionskomitee für Mindestlöhne und gegen Outsourcing (KAULMO) haben sich gerade mehrere Verbände zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie Kampagnen gegen Leiharbeit organisieren und beim Arbeitsministerium Druck für eine baldige Umsetzung des Beschlusses der Verfassungsrichter machen.

Anett Keller

Die Autorin ist freie Journalistin in Indonesien.



# Die Leiharbeit abschaffen

**Die Internationale Föderation der Chemie-, Energie- und Bergbaugewerkschaften ICEM betreibt eine Kampagne zur Leiharbeit. Ezekiel Dyke, Generalsekretär der Vereinten Bergarbeitergewerkschaft in Sierra Leone, Westafrika, zieht im Interview mit der ICEM nach drei Jahren Bilanz.**

*Welche Branchen in Sierra Leone sind am stärksten von Leiharbeit betroffen?*

Leiharbeiter gibt es in fast allen Arbeitsbereichen. In einigen erst seit Kurzem, in anderen schon lange – und es sind viele.

*Was waren die größten Erfolge im Rahmen des ICEM-Leiharbeitsprojekts?*

Wir haben eine landesweite Kommission für Leiharbeit aufgebaut und das Arbeitsministerium und den Leiter der Arbeitsbehörde in die Diskussion einbezogen. Sie haben versichert, sich mit Leiharbeit auf allen Ebenen zu befassen. Von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft haben sie einen Bericht zur Problematik bekommen. Bei Verhandlungen schlagen wir Maßnahmen zur Gesundheit, Arbeitssicherheit und medizinischen Versorgung vor, ebenso eine Begrenzung der Vertragslaufzeit, nach deren Ablauf der Arbeitnehmer vom Entleiher übernommen werden muss. In einigen wenigen Bergbaugesellschaften ist dies bereits Praxis. Die Arbeiter sind selbstbewusst. Sie erwarten, nach sechs Monaten fest angestellt zu werden – zu denselben Bedingungen wie die Stammbesellschaft. Zurzeit wird das entsprechende Gesetz überarbeitet.



Foto: © Karin Desmarowitz/agenda-fototext

Verlangt gleiche Leistungen: Ezekiel Dyke

*Was sind eure Forderungen?*

Wir wollen die vollständige Abschaffung der Leiharbeit. Bis es soweit ist, sollen Leiharbeiter dieselben Leistungen erhalten wie die Stammbesellschaft. Ihre Löhne müssen steigen – bislang belaufen sie sich meist auf einen US-Dollar bis 1,50 pro Tag. Der Mindestlohn für Festangestellte im Bergbau liegt bei drei bis vier US-Dollar pro Tag. Nur wenige Unternehmen zahlen Überstunden und Fahrtkostenzulagen. Manche kommen für die medizinische Versorgung auf, allerdings nicht für die Familie.

*Wie geht die Gewerkschaft mit Unternehmen um, die Leiharbeiter ausbeuten?*

In einem Fall wollten wir Arbeiter organisieren, die von ihrem Unternehmen ausgelagert worden waren. Ihnen wurde der Gewerkschaftseintritt verboten. Die Gewerkschaft hat dann behauptet, dass sie schon vor der Auslagerung Mitglieder waren. Da verdient sie noch 200 bis 300 US-Dollar im Monat – anschließend nur noch die

Hälfte. Auch ihre Arbeitskleidung mussten sie davon bezahlen. Medizinische Versorgung für ihre Familie gab es nicht, manchmal nicht einmal einen Fahrtkostenzuschuss. Die Arbeiter traten dann heimlich in die Gewerkschaft ein; wir hielten geheime Mitgliederversammlungen ab. Bisher sind 300 Arbeiter beigetreten.

*Wie arbeitet die sierra-leonische Kommission für Leiharbeit?*

Die Idee entstand 2010. Die unterschiedlichen Gewerkschaften untersuchen den Stand der Leiharbeit in den einzelnen Bereichen sowie die jeweiligen Arbeitsbedingungen. 2011 wurde die Kommission offiziell eingesetzt. Wir beraten, wie



Foto: © Karin Desmarowitz/agenda-fototext

Arbeitsschutz mangelhaft: Minenarbeiter in Kono

wir mit Unternehmen verfahren sollen, die sich weigern, die Mitarbeiter fest einzustellen. Problematisch ist unsere Finanzierung – nach unserer Meinung sollte die Regierung uns unterstützen.

*Was sind eure größten Herausforderungen?*

Viele Arbeiter haben Angst, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Sie glauben, dass sie gekündigt oder entlassen, bedroht oder eingeschüchtert werden, wenn das Management davon erfährt.

 Bearbeitung und Übersetzung aus dem Englischen: Michaela Ludwig. Mit freundlicher Genehmigung der ICEM.

 Weitere Informationen: [www.icem.org/en/73-Contract-and-Agency-Labour](http://www.icem.org/en/73-Contract-and-Agency-Labour) (20.11.2011, Sierra Leone, ICEM Background Document)



Foto: © Karin Desmarowitz/agenda-fototext

Wer sich gewerkschaftlich organisieren will, riskiert den Job: Diamantenschürfer in Sierra Leone



## Türkei: Gegen Subunternehmer

**Die türkische Regierung will Leiharbeit gesetzlich erleichtern. In der Öffentlichkeit und den Betrieben wird darüber heftig gestritten.**

Offiziell gibt es in der Türkei keine Leiharbeit. Die Regierung will sie jetzt gesetzlich verankern. Nach einem neuen Gesetzentwurf können private Unternehmer Menschen einstellen und als Leiharbeiterinnen oder Leiharbeiter an ein anderes Unternehmen vermitteln. Ein Fünftel ihrer Stammbesetzung sollen Unternehmer künftig mit Leiharbeitern besetzen dürfen. Darüber gibt es heftige Auseinandersetzungen. Von verschiedenen Gewerkschaften und Dachverbänden aus haben wir in Ankara im vergangenen Jahr mit großen Demonstrationen dagegen protestiert. Vom Parlament war das Gesetz bereits verabschiedet, doch der Staatspräsident hat es bisher nicht unterschrieben. Er sah ein, dass die Rechte der Beschäftigten nicht ausreichend geschützt werden. Nun muss sich das Parlament noch einmal damit befassen. Stimmt es wieder zu, bleibt nur eine Klage vor dem Verfassungsgericht.



Foto: © Birleşik Metal-İş

Demonstration gegen Leiharbeit in Ankara 2011

In Wirklichkeit gibt es kaum noch Betriebe ohne Leiharbeit. Bisher sieht das Arbeitsrecht allerdings

nur eine „vorübergehende Arbeitsbeziehung“ vor. Danach kann ein Arbeitgeber einen fest angestellten Mitarbeiter in ein anderes Unternehmen schicken. Der ist dann ein Beschäftigter des Subunternehmens, ein „taşeron işçi“. Dem muss er sogar selbst zustimmen. Wer das nicht tut, wird ohne Weiteres entlassen. Als wir von der Metallgewerkschaft Birleşik-Metal angingen, Beschäftigte von Subunternehmern zu organisieren, haben manche Geschäftsführungen die Arbeitsverträge mit den Subunternehmen gekündigt und die Leute entlassen. Wir haben dagegen mit den Beschäftigten gemeinsam Widerstand geleistet und gefordert, dass sie wieder eingestellt werden und die gleichen Chancen bekommen wie unsere Mitglieder in der Stammbesetzung. Wo wir gut organisiert waren, haben wir das auch durchgesetzt. Leider ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad insgesamt gering. Nur 700.000 Gewerkschaftsmitglieder unter den insgesamt 23 Millionen Beschäftigten haben einen Tarifvertrag. Nicht überall konnten wir die Entlassungen rückgängig machen. Aber auch in solchen Betrieben gab es am Ende keine Subunternehmer mehr.

Hasan Arslan



Der Autor leitet das vom DGB Bildungswerk BUND unterstützte Projekt „Stärkung von Arbeitnehmerrechten in Südosteuropa“.

## Vietnam: Standards für Unternehmen

**Soziale Unternehmensverantwortung kann gute Arbeit befördern. Doch Gewerkschaften müssen sie mitbestimmen, fand eine Konferenz in Vietnam.**

Gewerkschaften sollten es nicht den Unternehmen überlassen zu definieren, worin ihre soziale Verantwortung besteht. Sie sollten sich einmischen und Firmen für die Einhaltung ihrer Versprechen zur „Corporate Social Responsibility“ (CSR) verantwortlich halten. Das gehört zu den Ergebnissen einer Konferenz über die soziale Verantwortung von Unternehmen Ende 2012 in Vietnams Hauptstadt Hanoi mit Teilnehmenden aus zehn Ländern. Eingeladen hatten der vietnamesische Gewerkschaftsbund VGCL und das DGB Bildungswerk BUND, um nach vier Jahren Arbeit zum Thema CSR in Vietnam Anregungen für die neue Projektphase ab 2012 zu bekommen.

Etliche berichteten von Misstrauen innerhalb ihrer Gewerkschaften gegenüber CSR, da es sich zu meist um freiwillige und oft karitative Maßnahmen der Unternehmen handelt. CSR beziehe sich nicht darauf, wofür die Unternehmen ihr Geld ausgeben,



Foto: © Susanne Ludwig

Soziale Standards statt karitativer Maßnahmen: Konferenzteilnehmer in Vietnam

sondern wie sie es verdienen, wurde mehrfach betont. Es gehe um die Einhaltung von Sozialstandards. Ausführlich diskutiert wurde über die Rolle der Gewerkschaften bei der Überprüfung der Einhaltung von CSR, die OECD-Leitlinien für multinationale Konzerne und das Zusammenspiel von gesetzlich verbrieften Mitbestimmungsrechten und freiwilligen CSR-Maßnahmen. Durch internationalen Informationsaustausch zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten können zweierlei Standards der Unternehmen in ihren Herkunftsländern und den Produktionsländern aufgedeckt

und öffentlich gemacht werden, hieß es. Koalitionen mit Nichtregierungsorganisationen können da, wo Gewerkschaften schwach sind, den gewerkschaftlichen Wirkungsgrad vergrößern helfen. Eine strategische Herangehensweise an das Thema CSR tut not, darüber waren sich alle einig.

Susanne Ludwig



Die Autorin ist Projektmanagerin für Afrika, Asien und Südosteuropa im Nord-Süd-Netz des DGB Bildungswerk BUND



## Kein Studium für Arme

„Wir können die Welt verändern“ – unter dieser Überschrift sind zwei Studentinnen und ein Gewerkschafter aus Chile Anfang Februar auf Einladung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Rosa Luxemburg Stiftung in zehn deutschen Städten aufgetreten. Verändern wollen die Studentenvertreterinnen Camilla Vallejo und Karol Cariola vor allem das Bildungssystem in ihrem Land: „In Chile ist alles privat. Nur wer Geld hat, kann sich bei uns heute ein Studium oder eine gute medizinische Versorgung leisten. Dagegen begehrt die Bevölkerung jetzt auf“, sagte die 23-jährige Geografiestudentin Camilla Vallejo in Berlin. Jorge Murúa vom chilenischen Gewerkschaftsbund CUT rechnete den Zuhörerinnen und Zuhörern in Hamburg vor, dass man vom Mindestlohn in Chile nicht einmal mehr den Gewerkschaftsbeitrag bezahlen kann. Im vergangenen Jahr hatten sich die Studentenproteste zur sozialen Bewegung ausgeweitet und zu einem Generalstreik geführt. 90 Prozent der Bevölkerung unterstützten nach einer Umfrage die Forderungen nach einer Reform im Bildungsbereich, berichtete Murúa.



Weitere Informationen: [www.gew.de](http://www.gew.de)

## Gewerkschaftsfreiheit

In Ägypten liegt dem neu gewählten Parlament seit Anfang Februar ein Gesetzentwurf über Gewerkschaftsrechte vor. Gut ein Jahr nach der Volksrevolution würde es bei Verabschiedung einiger der wesentlichen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Geltung verhelfen. Ägypten hatte mehrere ILO-Konventionen zwar ratifiziert, aber unter den bisherigen Regierungen nicht ins nationale Recht übernommen. Mit dem neuen Gesetz, erarbeitet vom Minister für Arbeit und Migration Hassan El-Borai, wäre vor allem das Recht auf Vereinigungsfreiheit und freie und unabhängige Gewerkschaften garantiert. Der Ägyptische Demokratische Arbeiterkongress (EDLC) und das Zentrum für Gewerkschafts- und Arbeiterdienste (CTUWS) sowie die neue Unabhängige Elektrizitäts- und Energiegewerkschaft hoffen, dass einige Bestimmungen noch weiter verbessert werden können, heißt es in einer Nachricht der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie- und Bergbaugewerkschaften ICEM. Künftig gebe es Hoffnung auf weitere Diskussionen über eine wirksame Mindestlohnpolitik, feste Verträge für Zeitarbeiter und weniger Beschränkungen von Demonstrationen.



Weitere Informationen: [www.icem.org](http://www.icem.org)



Foto: © Clean Clothes Campaign

Volkstribunal in Phnom Penh fordert Löhne zum Leben.

## Schüsse bei Protesten

Bei einer Demonstration von mehreren tausend Textilarbeiterinnen in Kambodscha sind am 20. Februar drei Frauen vor den Toren eines PUMA-Zulieferbetriebs durch Schüsse verletzt worden. Nach Informationen der Kampagne für Saubere Kleidung hatte ein Schütze in Polizeiuniform auf Arme, Brust und Rücken der Opfer gezielt. Die Proteste ereigneten sich in der Sonderwirtschaftszone Manhattan der Stadt Babet. Die Arbeiterinnen forderten eine Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne um zehn US-Dollar auf 61 US-Dollar monatlich sowie Zuschüsse für den Transport zum Arbeitsplatz und eine Mahlzeit. Wegen der schlechten Arbeitsbedingungen in Kambodschas Textilindustrie hat es in den letzten zwei Jahren wiederholt Auseinandersetzungen mit staatlicher Gewalt gegeben. Das Unternehmen Kaoway soll den Lohnerhöhungen ab März zugestimmt haben, berichtet die Kampagne für Saubere Kleidung. Sie fordert von PUMA eine zügige Aufklärung des Vorfalles vor dem Werkstor des Zulieferers und einen unabhängigen Bericht.



Weitere Informationen: [www.saubere-kleidung.de](http://www.saubere-kleidung.de)

## Ablehnung empfehlen

Einen Brief an alle Europa-Abgeordneten aus Deutschland wollen Mitglieder einer Koordinierungsgruppe zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien verfassen. Das haben sich die Vertreter von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen bei ihrem Treffen am 24. Februar vorgenommen. Sie wollen den Parlamentariern die Ablehnung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kolumbien empfehlen, zu dem die Anhörungen jetzt begonnen haben. Zur Begründung führen sie die fortwährende Verletzung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten in Kolumbien an und kritisieren, dass die Beendigung dieser Verletzung im Abkommen nicht ausreichend geregelt wird. Da das Freihandelsabkommen gegebenenfalls von allen europäischen Parlamenten einzeln ratifiziert werden muss, wird

darüber möglicherweise auch noch im Deutschen Bundestag verhandelt. Außerdem will die Gruppe weitere Aktivitäten ihrer Mitglieder zu Kolumbien in diesem Jahr koordinieren. Dazu gehört auch die Einladung einer kolumbianischen Delegation durch das DGB Bildungswerk BUND im Juni 2012.



Weitere Informationen: [www.inkota.de](http://www.inkota.de)

## Brief nach Brasilien

Eine Solidaritätsadresse deutscher Gewerkschaftsmitglieder für den Kampf gegen Leiharbeit und andere prekäre Arbeitsbedingungen ging im Januar an den brasilianischen Gewerkschaftsbund CUT und seine Chemie- und Metallgewerkschaften. Sie wurde von Mitgliedern einer Arbeitsgruppe bei der Brasiliertagung des DGB Bildungswerk BUND in Hattingen im November 2011 erarbeitet. „Bei euch in Brasilien wird es in den nächsten Wochen und Monaten im Kongress zu wichtigen Auseinandersetzungen kommen“, heißt es in dem Schreiben. „Die Gewerkschaften werden viel mobilisieren und auf die Parlamentarier Druck ausüben, damit Gesetze geschaffen werden, die den von Outsourcing Betroffenen gleiche Entlohnung, gleiche Verträge, gleiche Rechte zur Vertretung durch die Gewerkschaften u.a. sichern. Wir wünschen euch dazu viele kämpferische Aktivitäten und gute Erfolge.“ Die Arbeitsgruppe hatte sich bei der Tagung intensiv mit Leiharbeit in beiden Ländern auseinandergesetzt. Auch in Deutschland will sie sich in den Tarifrunden für eine Verbesserung der Situation der Leiharbeiter einsetzen.

### IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND  
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer  
Verantwortlich: Jens Martens  
Redaktion: Sigrid Thomsen  
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND  
Nord-Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)  
[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Spendenkonto: SEB Bank AG,  
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.  
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.